

# EPPENDORFER

 [www.eppendorfer.de](http://www.eppendorfer.de)

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

Brief aus Berlin 03/2022

Alles anders

Gerade bemühten sich berlinweit verschiedene psychosoziale Träger um eine Weiterfinanzierung der „mobilen Teams“, die u.a. Gemeinschaftsunterkünfte aufsuchen, um geflüchteten Menschen mit psychischen Erkrankungen in psychosoziale Hilfen zu vermitteln. Die Gelder wurden stark gekürzt, mit der Begründung, dass der Bedarf nicht mehr gegeben sei. Niemand ahnte, wie schnell diese Begründung aufgrund des erschütternden Leids in der Ukraine zur Makulatur werden würde. Das Anforderungsprofil für Personal ändert sich schlagartig, es werden Mitarbeitende mit russischer und ukrainischer Sprachkompetenz gesucht. Auf den Internetseiten des Senats sind in kürzester Zeit mehrsprachige Informationen für geflüchtete Menschen aus der Ukraine zu finden, inklusive Anlaufstellen bei – dort etwas unglücklich formuliert – „psychiatrischen Belastungen“. Allen Unkenrufen zum Trotz wird Oberbürgermeisterin Giffey ihrem Spitznamen der „Kümmerin“ momentan ansatzweise gerecht. Im (übrigens sehr empfehlenswerten) Newsletter des Projekts „Umsetzungsbegleitung BTHG“ ist zu lesen, dass die Berliner Teilhabefachdienste bei der Antragsbearbeitung Geflüchteter mithelfen und deshalb eine Regionalkonferenz zum BTHG in den Herbst verschoben werde. Ein in die Praxis umgesetztes Gesamtplanverfahren wird also weiter auf sich warten lassen.

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ist das Thema Corona medial immer mehr ins Hintertreffen geraten, es spielt vor allem in den zunehmenden Arbeitsunfähigkeitszahlen eine Rolle. Diese lagen in den ersten zehn Kalenderwochen 2022 in Berlin bei Versicherten der AOK bei rund 310.000, während in diesem Zeitraum in den drei Jahren zuvor durchschnittlich 167.000 der Versicherten krankgeschrieben waren. Die AOK führt dies auf die die hohen Corona-Inzidenzen zurück.

Dieser coronabedingt hohe Krankenstand ist in der Gemeindepsychiatrie allerorten zu spüren. Um die mitunter prognostizierten Personalengpässe aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ist es erfreulicherweise still geworden. Zwar ist mal wieder aus Berlin nichts zeitnah bekannt, Anfang April konnte das Land keine Zahlen zu den Impfquoten im Gesundheitssektor liefern. Der große Exodus von Mitarbeitenden aus der Psychiatrie oder der Eingliederungshilfe aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht scheint aber nicht stattzufinden. Vielleicht setzt sich ja die Erkenntnis durch, dass evidenzbasierte Medizin eben doch beides kann: Eine realistische Nutzen-Risikoeinschätzung bei neu entwickelten Impfstoffen und eine kritische Perspektive auf vormals gehypte Psychopharmaka. Das gesicherte Wissen um die Wirkungslosigkeit von Antidepressiva bei leichten Depressionen verdanken wir eben nicht den Schwurblern.

Ein kleines Beben hat das Positionspapier der DGSP zum Maßregelvollzug ausgelöst. Nichts weniger als die Abschaffung der Forensiken wird darin gefordert (der Eppendorfer 02/2022 berichtete). Bereits kurz vor der offiziellen Veröffentlichung des Papiers meldete sich eine Berliner

antipsychiatrisch orientierte Gruppe bei der BGSP, man begrüße den Vorstoß der DGSP, wegen der räumlichen Nähe könne man doch gemeinsame Aktionen planen. So wird besonders deutlich, dass die Vorschläge der DGSP kein Reförmchen darstellen, sondern einer kleinen Revolution gleichkommen. Auf die Diskussion innerhalb der DGSP kann man gespannt sein. Aus einem ganz anderen Bereich kam eine weitere Anfrage an die BGSP. Die Immobilienwirtschaft meldete Fortbildungsbedarf zu verschiedenen psychischen Erkrankungen an und sucht Referenten. Bei allem Geschilderten beschleicht einen das Gefühl sonderbarer, mitunter beklemmender Zeiten.

Ilja Ruhl